

Nach dem »Reset«

Russland und der Westen in Zentralasien

Von Christian Wipperfürth, Berlin

Zusammenfassung

Die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Russland in Zentralasien sind besser denn je. Dies ist teils das Ergebnis der politischen Großwetterlage, teils der Situation in der Region selbst. Die wechselseitigen Rangeleien der vergangenen Jahre haben sich zum einen als fruchtlos erwiesen. Zum anderen sind die Probleme in Zentralasien derart angewachsen, dass eine Kooperation besonders geboten erscheint. Die Interessen beider Seiten weisen einige Unterschiede, aber auch ein hohes Maß an Deckungsgleichheit auf. Es gibt bereits einige Indizien für eine verstärkte Zusammenarbeit. Sie wird dadurch behindert, dass den kooperationsunwilligen »Falken« beider Seiten aus innenpolitischen Gründen Zugeständnisse gemacht werden müssen.

Die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Russland in Zentralasien sind zurzeit besser denn je. Auch NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen spricht mittlerweile davon, dass mit Russland ein gemeinsames strategisches Raketenabwehrsystem aufgebaut werden sollte. Der Weg hierzu, der die Sicherheit des gesamten Raums von Vancouver bis Wladiwostok untrennbar miteinander verknüpfen würde, ist noch lang, aber die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich spätestens seit diesem Frühjahr nicht nur spürbar verbessert, sie könnten am Beginn einer neuen Ära stehen (siehe Russland-Analysen Nr. 189 <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen189.pdf>). Dies würde Auswirkungen auch in Zentralasien haben, das in den vergangenen Jahren wiederholt Schauplatz von Rangeleien zwischen Moskau und Washington war. Welche möglichen Konfliktlinien und Interessenunterschiede verbleiben?

Streben nach Vorherrschaft?

Falls Russland eine dominante Stellung in der Region anstreben sollte, wären einer Kooperation mit Washington und Brüssel enge Grenzen gesetzt. Danach sieht es jedoch nicht aus, denn jedes Mal, wenn sich dem Kreml in den vergangenen Jahren die Gelegenheit bot seine Stellung nachdrücklich zu festigen, nahm er diese nicht wahr. Zwei Belege mögen hier genügen:

Im Mai 2005 kam es in der usbekischen Stadt Andischan zu Unruhen, bei denen Sicherheitskräfte hunderte Menschen töteten. Usbekische Behörden argumentierten, dass Extremisten letztlich die Verantwortung für das Blutbad trügen, andere, nicht zuletzt westliche Regierungen, betonten hingegen die Rücksichtslosigkeit der staatlichen Organe, die auch Ausdruck ihrer Überforderung war. Festzuhalten blieb: Die Stabilität des zentralen und bevölkerungsreichsten Landes Zentralasiens schien ernsthaft gefährdet. In dieser Situation versuchte Usbekistan über Monate hinweg, Russland zu substantiellen Sicherheitsgarantien zu bewegen. Hierzu war der

Kreml jedoch nicht bereit. Die Verantwortung wog aus seiner Sicht deutlich schwerer als der Machtgewinn.

Im Juni dieses Jahres wiederholte sich eine ähnliche Konstellation: Die kirgisische Interimspräsidentin Rosa Otunbajewa bat Russland unmittelbar nach dem Ausbruch des Blutvergießens im Süden Kirgistans einzugreifen und den Frieden wieder herzustellen. Moskau blieb jedoch defensiv und abwartend. Aus westlicher Sicht besteht folglich kein Anlass, einen übergrößen russischen Ehrgeiz in Zentralasien einzhegen zu müssen. Könnte es aber nicht dennoch eine Konkurrenz mit dem ehemaligen Widersacher sein, die bestimmenden Einfluss auf die russische Politik ausübt und somit die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit einschränkt?

Antiwestliche Reflexe?

Russlands Zentralasienpolitik erweckte mitunter den Eindruck, betont den Einfluss der USA begrenzen zu wollen. Es gab beispielsweise wiederholte Indizien dafür, dass der Kreml Kirgistan in den vergangenen Jahren dazu bewegen wollte, von den USA die Schließung ihrer Luftwaffenbasis Manas zu verlangen. Es gibt jedoch zumindest einen stichhaltigen Beleg dafür, dass diese Einschätzung wenigstens deutlich relativiert werden muss: Als die kirgisische Führung im Juni Russland einzugreifen bat, hätte es sich als Bedingung eine Schließung von Manas ausbedingen können. Dies ist jedoch nicht erfolgt. Es spricht mehr dafür, dass Russland Washington in den vergangenen Jahren wiederholt unter Druck setzte, um den Westen zur Kooperation zu bewegen bzw. Handlungen zu vergelten, die Russland als betont unfreundliche Akte auffasste, was Washington wiederum dazu veranlasste, ebenfalls Stärke zu zeigen. Oder verhielt es sich vielleicht genau anders herum? Beide Seiten scheinen mittlerweile verstanden zu haben, dass ein derartiges Verhalten in einer Sackgasse endet.

Es waren jedoch nicht nur die Großen, die für die Spannungen verantwortlich zeichneten. Die Staaten Zentralasiens, aber auch etwa Georgien, haben wie-

derholt Spannungen zwischen Moskau auf der einen sowie Washington und etwa Brüssel auf der anderen Seite geschürt, um hiervon zu profitieren. Kirgistan beispielsweise versuchte jahrelang den Eindruck zu erwecken, als ob Russland entschieden auf eine Schließung von Manas dränge, um so die USA zu höheren Pachtzahlungen zu veranlassen. Und die Großen haben sich – vielleicht bis vor kurzem? – ein ums andere Mal instrumentalisieren lassen.

Gar nicht so weit auseinander – Interessenunterschiede zwischen Ost und West

Von einem grundsätzlichen Antagonismus zwischen dem Westen und Russland kann in Zentralasien keine Rede sein. Es bleiben aber durchaus unterschiedliche Interessen, z. B. in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen. Allerdings besteht hier die Hauptkonkurrenz nicht zwischen diesen beiden Seiten, sondern sie haben in China einen gemeinsamen Konkurrenten. Es gibt auch Differenzen in Bezug auf den Stellenwert und das Gewicht, das man der Beachtung der Menschenrechte beimisst. Präsident Dmitrij Medwedjew erklärte zwar Mitte Juli in einer programmatischen Rede ausdrücklich, dass deren Respektierung in anderen Ländern auch im staatlichen Interesse Russlands liege. Dies wird man vielleicht als ein Zeichen der Entschlossenheit zu Reformen im Inneren Russlands werten können oder als freundliche Geste gegenüber dem Westen, eine handlungsleitende Maxime der Politik wird das Drängen nach der Beachtung der Menschenrechte in absehbarer Zeit nicht werden. (Dies trifft übrigens auch auf Indien zu, das eine sehr realpolitisch geprägte Politik betreibt.)

Dementsprechend nüchtern betonte die russische Führung 2005 nach den Ereignissen in Andischan, anders als westliche Regierungen, insbesondere die Notwendigkeit die Lage zu stabilisieren. Sie sandte jedoch zugleich wegen der Art und Weise des Vorgehens der usbekischen Behörden und des Ausmaßes an vergossenem Blut Signale einer vorsichtigen Distanzierung aus. Das veranlasste den usbekischen Präsidenten Islam Karimow dazu, sich zunächst nach Beijing und nicht etwa Moskau zu begeben, um Rückendeckung für das Vorgehen seiner Sicherheitskräfte zu erhalten. Russland und der Westen sind sich trotz aller Differenzen in Bezug auf menschenrechtliche Standards näher, vielleicht sogar deutlich näher, als China und der Westen.

Ein wohl überschätzter Interessenunterschied zwischen Moskau und Washington liegt in der Frage der militärischen Stützpunkte auswärtiger Mächte in Zentralasien. Der Kreml hat immer wieder deutlich seine Abneigung gegen ihre dauerhafte Präsenz bekundet – ohne sich selbst als auswärtige Macht zu betrachten.

Russland ist in der Region mit einem Stützpunkt in der kirgisischen Stadt Kant und in Kasachstan in Baikonur und Saryschagan am Balchasch-See vertreten sowie mit einem 6.000 Mann starken Kontingent in Tadschikistan. Als auswärtige Mächte gelten Russland nicht nur die USA, sondern auch China, das sich zeitweise um einen Stützpunkt in Kirgistan bemühte, aber grundsätzlich auch das befreundete Indien, das in Tadschikistan mit einer militärischen Einrichtung Flagge zeigt. Falls sich die USA zu einer anhaltenden militärischen Präsenz in Zentralasien entschließen sollten, gäbe es einen Konflikt. Aber die Anzeichen deuten nicht in diese Richtung. Faktisch führt die russische Haltung insbesondere dazu, China vor der Tür zu halten, was im Westen keine Einwände hervorrufen wird.

Die russische Haltung stieße nur dann auf berechtigte Ablehnung, wenn sie mit exklusiven Machtanträgen verbunden wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall. Weder Wladimir Putin noch sein Nachfolger Medwedjew haben je einen Anspruch auf eine russische »Einflusszone« erhoben. Die im diplomatischen Sprachgebrauch unübliche Formulierung Medwedjews vom Spätsommer 2008 von »privilegierten Interessen« Russlands, die sowohl für Verwirrung als auch Sorgen geführt hatte, wurde nur einmal getan und nicht mehr wiederholt. Vor welchen – möglicherweise gemeinsamen – Aufgaben stehen Russland und der Westen in Zentralasien?

Gemeinsame Aufgaben gibt es genug

Aktuell ist hier vor allem Kirgistan zu nennen. Die Situation im Land bleibt hochgradig instabil. Tausende Menschen haben sich bei den Plünderungen, die mit dem Umsturz im April dieses Jahres verbunden waren, bewaffnet oder trachten nach den blutigen Ereignissen vom Juni nach Vergeltung. Die Führer der zahlreichen politischen Parteien im Lande haben Privatarmeen gebildet und die Handlungsfähigkeit bzw. Entschlossenheit der Präsidentin sowie der Regierung müssen in Zweifel gezogen werden. Ihre Autorität hat Ende August bei der misslungenen Absetzung des noch vom vertriebenen Ex-Präsidenten Kurmanbek Bakijew eingesetzten Bürgermeisters von Osch einen weiteren schweren Schlag erlitten: Die Präsidentin verfügte die Amtsenthebung des Oberhauptes der zweitgrößten Stadt des Landes und Zentrum des Blutvergießens im Juni, aber weder er, noch die Behörden der Stadt leisteten dem Folge. Als ein Minister der Zentralregierung versuchte, der Verfügung vor Ort Nachdruck zu verleihen, sah er sich umgehend genötigt aus der Stadt zu flüchten. Die »International Crisis Group« stellte hierzu fest, dass diese Episode ein weiterer Beleg der »Machtlosigkeit und Inkompétence« der Regierung sei. Die für den 10. Oktober anberaumten Parlamentswahlen könnten zu weiteren gewaltsa-

men Eruptionen führen, und die faktische Nord-Süd-Teilung des Landes verfestigen.

Anfang der 1990er Jahre versuchten auch in Usbekistan aggressive Nationalisten Grenzen in Frage zu stellen. Sie wurden vom nach wie vor amtierenden Präsidenten Islam Karimow an den Rand gedrängt. Die ethnische Gemengelage, die insbesondere im dicht bevölkerten Ferganatal herrscht, in dem Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan miteinander verwoben sind, könnte jedoch wiederum zu Spannungen führen. Als im Juni diesen Jahres, insbesondere die usbekische Minderheit im Süden Kiristans zu leiden hatte und bis zu 400.000 Menschen nach Usbekistan flüchteten, verhielt sich Taschkent besonnen. Anfang September wurde auf der Internetseite press-uz.info, die von Kreisen um Karimow kontrolliert werden soll, jedoch die These aufgestellt, dass die blutigen Exzesse unterblieben wären, wenn die Unruhegebiete im Süden Kiristans Teil Usbekistans wären. Dies ist ein Indiz dafür, dass sich die usbekische Führung aus innenpolitischen Gründen veranlasst sehen könnte, bei einem erneuten Aufflammen der Gewalt in Kirgistan ihre Zurückhaltung aufzugeben. Dies könnte zu einer weiteren gefährlichen Eskalation führen.

Neben den genannten ethnisch geprägten Kann-Bruchstellen sind die Beziehungen zwischen den Staaten der Region durch immer wieder aufflammende gravierende Spannungen gekennzeichnet. Sie äußern sich beispielsweise durch harsche Grenzregime, die teils bis zur Verminung von Grenzen geführt haben oder erhebliche Konflikte um Wasserrechte. Zu allem Überfluss könnte die oben aufgeführte Liste der aktuellen und strukturellen Probleme der Region noch weiter ergänzt werden.

Ansätze für eine Kooperation zwischen dem Westen und Russland in Zentralasien

Es ist ein großer Gewinn, wenn das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen in Zentralasien nicht mehr auf dem Prinzip grundsätzlicher Konkurrenz und gelegentlicher Kooperation, sondern seiner Umkehrung beruht. Dies erhöht die Chancen gemeinsamer Krisenbewältigung oder -begrenzung und vermindert die Möglichkeiten von Akteuren, die in der Vergangenheit die eine gegen die andere Seite ausgespielt haben, diese Gewohnheit weiter zu pflegen.

Es scheint bereits ein gewisses Vertrauenskapital entstanden zu sein. Russland und die USA haben während der dramatischen Zuspitzung der Situation in Kirgistan im Juni engen Kontakt gehalten. Robert Blake, hochrangiger Vertreter des US-Außenministeriums für Süd- und Zentralasien, erklärte sogar Anfang September, dass Washington Russland dazu ermutigt habe, Truppen nach Kirgistan zu schicken. Ist die alte Furcht vor sinisternen Absichten des Kreml überwunden?

Aktuell mehren sich die Anzeichen, dass Russland bereit sein könnte in Osch eine Militärbasis einzurichten, die bereits vor einem Jahr im Gespräch war. Der Kreml übernahm damit im Süden Kiristans eine erhebliche Verantwortung, die auch mit großen Risiken verbunden wäre. Wenn der Stützpunkt bereits im Juni bestanden hätte, so hätten zahlreiche Menschen dort Schutz gesucht, so dass russische Soldaten womöglich in bewaffnete Auseinandersetzungen mit deren Verfolgern verwickelt worden wären. Gibt es nicht Indizien dafür, dass der Westen und Russland damit begonnen haben eine Verantwortungsgemeinschaft in Zentralasien einzugehen?

Afghanistan

Russland besitzt ein substantielles Interesse daran, dass die Situation am Hindukusch beherrschbar bleibt bzw. wird (siehe Russland-Analysen Nr. 203 <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen203.pdf>). Sie hat nach Ansicht des Kremls gravierende Auswirkungen auf diejenige in Zentralasien, die wiederum aufgrund der 6.700 Kilometer langen russisch-kasachstanischen Grenze von derjenigen Russlands kaum zu trennen ist. Die USA haben sich dieser russischen Perspektive mittlerweile angenähert.

Russland spielte eine indirekte, aber signifikante Rolle bei der Niederringung der Taliban im Herbst/Winter 2001/02, demonstrierte bis 2003/04 Kooperationsbereitschaft, zeigte dann jedoch Anzeichen von Schadenfreude in Anbetracht der wachsenden Probleme der Alliierten. Seit 2006 begann die Sorge zu überwiegen und der Kreml zeigte, trotz der eingetriebenen Großwetterlage mit dem Westen, seine Bereitschaft zur Kooperation, die er mit der Bundesrepublik zur Versorgung der deutschen Soldaten bereits praktizierte.

Seit dem Frühjahr 2010 werden erhebliche Mengen an Nachschubgütern auch für die US-Truppen, die rasch an Umfang gewinnen, über russisches Territorium Richtung Afghanistan verbracht. Dies erfolgte erst, nachdem Washington in Beijing und angeblich sogar in Teheran erfolglos sondiert hatte, ob sich Russland nicht umgehen ließe. Die ungewohnte gewisse Abhängigkeit von Russland weckt in den USA zumindest Unbehagen. Alte Muster wirken sowohl auf der US-amerikanischen als auch der russischen Seite nach.

Innenpolitischer Druck

Dmitrij Mewdjew, aber insbesondere Barack Obama, der einen Rechtsruck bei den anstehenden Parlamentswahlen befürchten muss, steht unter innenpolitischen Druck. Es gibt folglich wiederholt unfreundliche Äußerungen hochrangiger Vertreter beider Länder über das jeweils andere, um die Kritiker eines Ausgleichs

im Innern zu beruhigen. Das US-Außenministerium beschuldigte Russland beispielsweise Ende Juli diesen Jahres, Bestimmungen des START-Abrüstungsvertrages verletzt zu haben, Russland antwortete kurz darauf mit ähnlichen Vorwürfen an die amerikanische Adresse. Zumindest nach Angaben der russischen Zeitung »Kommersant« sollen Washington und Moskau bereits im Herbst vergangenen Jahres genau dieses Vorgehen miteinander vereinbart haben. Ob Finten die Falken auf beiden Seiten dauerhaft beruhigen können? Die EU jedenfalls ist, von Deutschland initiiert, seit diesem Sommer im Begriff, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland deutlich zu verstärken. Und es sieht nicht danach aus, dass man sich durch Entwicklungen in den USA hiervon wird abbringen lassen.

Und China?

Vor allem in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts gab es zahlreiche westliche Stimmen, die eine »Anti-NATO« in Form der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zwischen Russland, China und den Staaten Zentralasiens (außer Turkmenistan) heraufziehen sahen. Ihre Argumente waren nie stichhaltig. China weiß, dass Russland letztlich Richtung Westen strebt, wenngleich ohne in ihm auf absehbare Zeit aufgehen zu wollen. Indizien hierfür sind beispielsweise das strategische Raketenabwehrsystem oder die anhaltende Weigerung Russlands, China modernste Waffen zu verkaufen.

Die russisch-chinesischen Beziehungen sind in Zentralasien (und darüber hinaus) durch ein Geflecht von Kooperation, aber auch Konkurrenz gekennzeichnet.

Turkmenistan z. B. konnte in der Vergangenheit seine erheblichen Gasexporte nur über Leitungen auf den internationalen Markt bringen, die über russisches Territorium führten. Gazprom nutzte dies dazu, Turkmenistan einen Preis zu zahlen, der weit unter demjenigen lag, den es selbst in Europa erzielte und strich so jährlich Milliardengewinne ein. Seit sich Turkmenistan jedoch mit Beijing über einen Pipelinebau nach China verständigt hat, muss sich Gazprom seit 2008 den Wünschen des Exporteurs beugen. Beijing gewinnt in Zentralasien insbesondere zu Lasten Moskaus massiv an Bedeutung, aber eine grundsätzliche Konfrontation ist nicht zu erwarten.

Resümee

Russland und der Westen werden füreinander schwierige Partner sein, aber die Deckungssumme gemeinsamer Interessen (nicht nur) in Zentralasien ist beachtlich. Die gravierenden Probleme in der Region erfordern eine Kooperation und die Aussichten sind, trotz aller Einschränkungen, zurzeit besser denn je. Zudem sollte im Westen berücksichtigt werden, dass Russland allein, aber in Kontakt mit den westlichen Partnern, als Stabilitätsanker wirken kann. Der Westen besitzt hierfür letztlich weder hinreichendes Interesse noch Expertise. Und er sollte das Seine dazu beitragen, dass Russland hierzu auch in der Lage ist. Auch den westlichen Kritikern der Annäherung sollte bewusst sein, dass eine Schwächung Russlands keinen Gewinn für die nordatlantische Welt, sondern für China darstellt.

Über den Autor:

Dr. Christian Wipperfürth hat u. a. für das Europäische Parlament, den Deutschen Bundestag und als Assistant Professor an der Universität in St. Petersburg gearbeitet. Seit Herbst 2004 ist er als freiberuflicher Publizist in Berlin tätig. Er arbeitet insbesondere zur russischen Außen-, aber auch Innenpolitik und zu den europäisch-russischen Energiebeziehungen.

Lesetipps:

- Bobo Lo, Russia, China and the United States: From Strategic Triangularism to the postmodern Triangle, in: Proliferation Papers, No. 32, Winter 2010, = <http://ifri.org/downloads/pp32bobolo.pdf>
- Leland R. Miller, Fear and Loathing in Central Asia, in: Foreign Policy, August 5, 2010, = http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/08/05/fear_and_loathing_in_central_asia
- Erica Marat, Russia Plans to Open Military Training Facility in Kyrgyzstan, in: James Town Foundation, Eurasia Daily Monitor, September 16, 2010, = [http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=36855&tx_ttnews\[backPid\]=484&no_cache=1](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews[tt_news]=36855&tx_ttnews[backPid]=484&no_cache=1)
- Elizabeth Wishnick, Russia, China, and the United States in Central Asia: Prospects for Great Power Competition and Cooperation in the Shadow of the Georgian Crisis, Strategic Studies Institute United States Army War College 2009, = <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubid=907>